

DER FALL DER GEPLANTEN KUPFERMINE IN LLURIMAGUA, ECUADOR

WARUM ES EINE UMWELTBEZOGENE SORGFALTPFLICHT IN ROHSTOFFFLIEFERKETTEN BRAUCHT



IMPRESSUM

AUTOR*INNEN

Carlos Zorrilla (Decoin) / Johanna Sydow (Germanwatch e.V.)

REDAKTION

Anja Gebel, Rebecca Heinz, Cornelia Heydenreich (Germanwatch.e.V.)

BILDER AUF DEM COVER

Atelopus longirostris (Foto: Carlos Zorrilla)

2006, von der kanadischen Firma Ascedent Copper angeheuerte Paramilitärs beim Versuch, sich Zugang zum Minenprojekt zu verschaffen (Foto: Elisabeth Weyth)

HERAUSGEBER

Germanwatch e.V.

BÜRO BONN

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

☎ +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

BÜRO BERLIN

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

☎ +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

www.germanwatch.org | info@germanwatch.org

Für den Inhalt ist alleine Germanwatch verantwortlich.

November 2020



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.

Zusammenfassung

Diese Studie veranschaulicht den Fall des potenziellen Kupferbergbauprojekts LLurimagua in der Region Intag in Ecuador, die sich in einem Nebelwald mit hohen Niederschlägen und großer Artenvielfalt befindet. Die Geschichte der Bergbauunternehmen in der Region wird dargestellt und anhand verschiedener wissenschaftlicher Studien aufgezeigt, welche enormen Umweltauswirkungen der Betrieb eines Bergbauprojektes haben würde. Die Studie zeigt außerdem, dass die Regierung nicht sicherstellt, die Interessen der lokalen Bevölkerung und der Umwelt im Rahmen der Errichtung der Mine ausreichend zu berücksichtigen, da sie selbst mit einem eigenen Unternehmen an dem Vorhaben beteiligt ist. Darüber hinaus werden die gegensätzlichen Wirtschafts- und Naturschutzinteressen auf nationaler und kantonaler Ebene verdeutlicht.

Alles in allem zeigt diese Studie, warum es so wichtig ist, die umweltbezogene Sorgfaltspflicht im Rahmen der rechtlichen Sorgfaltspflichten einzubeziehen, und welche Aspekte bei der Umsetzung in der Praxis zu beachten sind. Darüber hinaus skizziert der Autor Carlos Zorilla verschiedene umweltbezogene rote Linien sowie spezifische Detailkriterien, die im Kontext der umweltbezogenen Sorgfaltspflichten bewertet werden sollten. Diese Bewertung kann auch bedeuten, dass bestimmte Regionen zu „No-Go-Zonen“ erklärt werden müssen.

Inhalt

1	Vorwort.....	5
2	Faktenüberblick zum Projekt	7
3	Hintergrund	8
4	Merkmale der Region und die durch den Kupferabbau verursachten Umweltauswirkungen	10
5	Vorbeugende Maßnahmen und Monitoring	12
6	Unregelmäßigkeiten und Menschenrechtsverletzungen während der Explorationsphase des Bergbauunternehmens ENAMI	13
7	Rechtsstreit zwischen nationalen und kantonalen Regierungen – die Rechte der Natur	16
8	(Rechtlicher) Widerstand durch lokale Akteure	18
9	Fazit: Was dies für Sorgfaltspflichtengesetze und Unternehmen bedeutet	21

1 Vorwort

In den vergangenen Jahren gab es eine lebhaftere Debatte über das Konzept der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht, das sich aus den 2011 eingeführten Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte ableitet. Die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen bieten einen Rahmen für Unternehmen, um ihre Sorgfaltspflicht im Kontext ihrer gesamten globalen Geschäftstätigkeit auszuüben, einschließlich: i) Identifizierung und Bewertung potenzieller und tatsächlicher menschenrechtlicher Auswirkungen; ii) Integration und Umsetzung der Ergebnisse der Bewertung; iii) Nachverfolgung und Überwachung der Umsetzung von Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Auswirkungen; und iv) Kommunikation und Berichterstattung über Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Auswirkungen.

Seitdem wurden eine Reihe verbindlicher Sorgfaltspflichtengesetze verabschiedet, die Unternehmen dazu verpflichten, Menschenrechtsrisiken in ihren Lieferketten zu bewerten und zu mindern. Viele von ihnen konzentrieren sich auf spezifische Themen wie Kinderarbeit (Niederlande), Sklavenarbeit (Großbritannien) oder die EU-Konfliktmineraliengesetzgebung auf verschiedene Mineralien und Risiken wie die schlimmsten Formen von Kinderarbeit, Zwangsprostitution, Finanzierung bewaffneter Gruppen usw. Bis heute gibt es weltweit nur wenige Gesetzgebungen, die alle Menschenrechte umfassen, mit Ausnahmen wie dem Loi de vigilance (Frankreich), das alle Sektoren anspricht (horizontale menschenrechtliche Sorgfaltspflichtgesetzgebung). Diese Gesetzgebung ist sogar noch umfangreicher, da sie auch die umweltbezogene Sorgfaltspflicht abdeckt, die bis heute in den meisten Gesetzgebungen noch vernachlässigt wird. Im Jahr 2011 wurde in den OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen und erneut im Jahr 2018 in der OECD-Leitlinie für verantwortungsbewusstes Geschäftsverhalten die Verantwortung von Unternehmen auch in Bezug auf die Umwelt hervorgehoben. Dennoch ist die ökologische Sorgfaltspflicht, wie bereits erwähnt, bisher kaum in die Gesetzgebung integriert und noch nicht so konkret, wie es die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte in Bezug auf die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen sind.

Die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht erfasst Umweltzerstörungen, wenn sie direkt mit einer Menschenrechtsverletzung verbunden sind, wie z. B. den Austritt von Giftstoffen, der direkt zum Tod oder zu gesundheitlichen Problemen führt. Es ist jedoch klar, dass ohne eine Umweltdimension in der Sorgfaltspflichtgesetzgebung 1) die Zerstörung der Biodiversität, des Klimas und andere Umweltschäden, die nicht direkt zu Menschenrechtsverletzungen führen, und 2) die Zerstörung, die sich kumulativ aufaddiert und langfristig zu Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen führt, nur sehr schwer zu bekämpfen sein werden.

Es gibt mehrere horizontale Sorgfaltspflichtengesetze, die derzeit ausgearbeitet werden, unter anderem von der Europäischen Union. Diese geplante Gesetzgebung soll eine menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten-Dimension umfassen. Wie diese Studie zeigen wird, ist das Einbeziehen der umweltbezogenen Sorgfaltspflicht ein entscheidender Schritt, um Umweltkatastrophen und den weiteren Verlust der biologischen Vielfalt zu verhindern. Sie zeigt, wie komplex der Umweltschutz in Fällen wird, in denen staatliche Institutionen schwach sind und Regierungen selbst ein Interesse am Bergbau als solchem haben.

Im Folgenden wird der Fall von LLurimagua in der Region Intag mit seinen potenziell schwerwiegenden Auswirkungen auf die Umwelt vorgestellt. Es ist in dieser Hinsicht ein interessanter Fall, da die potenziellen Auswirkungen des Projektes durch eine unabhängige Umweltverträglichkeitsprüfung

des japanischen Staates gut dokumentiert sind. Es zeigt die Komplexität der unterschiedlichen Gesetzgebungen, die Herausforderungen in Fällen, in denen die Regierung andere Interessen hat als der Kanton, und dass enorme Umweltauswirkungen in der Anfangsphase des Bergbaus auftreten, was meist der Zeitpunkt ist, zu dem noch keine Lieferverträge bestehen. Dies stellt besondere Herausforderungen an die umweltbezogene Sorgfaltspflicht von Beschaffungsunternehmen und Maschinenherstellern, die Equipment an Minen liefern.

Nach der Darstellung des Falles legt der Autor Carlos Zorrilla¹ verschiedene rote Linien und Aspekte dar, die zu beachten sind, bevor mit dem Abbau begonnen wird und bevor Mineralien aus einer Mine erworben werden. Carlos Zorrilla ist seit 25 Jahren Teil des Widerstands gegen Bergbauprojekte in der Region Intag. Er arbeitet für die NGO Decoin und engagiert sich seit 26 Jahren im Kampf gegen den Bergbau im Intag, um die einzigartige Natur in diesem Gebiet zu schützen. Er hat auch an der Gründung von Initiativen und Unternehmen mitgewirkt, die alternative Einkommensmöglichkeiten zum Bergbau bieten, und viel Wissen über die Vorgänge rund um die initialen Phasen von Bergbauprojekten und deren Auswirkungen auf die Umwelt gesammelt, welches er in diese Arbeit einbringt. 2019 reiste er nach Deutschland, um einen Automobilhersteller zu bitten, Druck auf ein Bergbauunternehmen auszuüben, das derzeit in Intag Rohstoffe abbauen will, damit dieses sich aus der Region zurückzieht².

Abschließend verknüpfen wir die Fallstudie mit der Debatte über die umweltbezogene Sorgfaltspflicht. Damit wollen wir einen Beitrag zur Diskussion über die umweltbezogene Sorgfaltspflicht leisten, verdeutlichen, wie wichtig sie ist, und relevante Elemente aufzeigen, über die wir bei der zukünftigen Konzeptualisierung der umweltbezogenen Sorgfaltspflicht weiter nachdenken sollten.



¹ Unter anderem wegen der Schwierigkeiten mit gerichtlichen Maßnahmen haben in der langen Geschichte des Bergbauprojekts in der Region verschiedene NGOs zusammen mit Gemeindegliedern Dutzende von zusätzlichen Maßnahmen umgesetzt, um den Bergbau in ihrem Gebiet zu stoppen. Zu den effektivsten zählen: Die Einbindung von Menschenrechtsorganisationen, um die Situation zu überwachen und die Gemeinden über ihre Menschen- und Kollektivrechte gegenüber den Unternehmen zu schulen; die Erstellung eines Handbuchs für die Gemeinden mit Ideen, wie man die Unternehmen auf friedliche Weise konfrontieren kann; der Vorstoß der Bürger zur Schaffung von zwei kantonalen Gesetzen (Verordnungen), um die Umweltzerstörung zu stoppen, einschließlich des Stopps des Bergbaus; die Schaffung von produktiven Alternativen zum Bergbau (einschließlich Ökotourismus und Bio-Kaffeeproduktion); das Ergreifen von Widerstandsmaßnahmen durch Gemeindeglieder, einschließlich der physischen Behinderung des Zugangs von Firmenmitarbeitern zu den Bergbaukonzessionen und der Schließung von Straßen; ständige Anprangerung im Ausland bezüglich der Handlungen der Firmen und der Umweltrisiken.

² Insgesamt ist festzustellen, dass der Kupferabbau zerstörerisch ist, während gleichzeitig die aktuellen technologischen Entwicklungen hin zu erneuerbaren Energien, E-Mobilität und einer zunehmenden Digitalisierung mehr Kupfer erfordern. Reduktion, Wiederverwendung und hochwertiges Recycling müssen in den Mittelpunkt dieses technologischen Wandels gestellt werden, um den Bedarf an Kupfer u. a. so weit wie möglich zu senken.

2 Faktenüberblick zum Projekt

Hintergrundinformationen und Stand des Projektes

Das aktuelle Bergbauprojekt Llurimagua stellt den dritten Versuch dar, Bergbauaktivitäten in der Region zu etablieren. Starker Widerstand der lokalen Bevölkerung zwang ein japanisches und ein kanadisches Bergbauunternehmen, das Gebiet zu verlassen.

Im Jahr 2011 wurde das aktuelle Bergbauprojekt von einem Joint Venture der nationalen ecuadorianischen Bergbaugesellschaft ENAMI (51 %) und der nationalen Bergbaugesellschaft Chiles CODELCO (49 %) entwickelt. Die ersten Explorationsarbeiten sind abgeschlossen. Die Genehmigung der Umweltverträglichkeitsstudie zur Erweiterung der Exploration steht noch aus.

In den nächsten vier Jahren sollen rund 250 Mio. US\$ in das Projekt investiert werden, um einen Baubeschluss zu erreichen. Damit könnten in Llurimagua 27 Jahre lang potenziell 210.000 Tonnen Kupfer pro Jahr gefördert werden.

Merkmale der Region

Die Region Intag, in der sich das Bergbauprojekt befindet, ist Teil der tropischen Anden, dem wichtigsten Hotspot der 36 Hotspots der Biodiversität auf unserem Planeten.³ Es gibt 279 vom Aussterben bedrohte Tierarten⁴, die auf der Roten Liste der IUCN stehen und durch das Llurimagua-Projekt bedroht sind. Die Region zeichnet sich durch hohe Niederschlagsmengen und einen Überfluss an unterirdischem Wasser aus.

Zu erwartende Folgen der Kupfergewinnung

Die 4.839 Hektar der Llurimagua-Konzession zeichnen sich durch eine enorme Artenvielfalt aus. Sollte das Llurimagua-Projekt in die Abbauphase übergehen, würde dies die Abholzung von Tausenden Hektar Primärwald bedeuten, in dem endemische und vom Aussterben bedrohte Arten leben; unberührte Flüsse würden mit Schwermetallen verschmutzt, archäologische Überreste aus der Vor-Inka-Zeit würden zerstört und die Umsiedlung von vier bis sechs Gemeinden erforderlich sein⁵. Außerdem zeichnet sich die Region durch hohe Niederschlagsmengen und ein Übermaß an unterirdischem Wasser aus, was das Risiko für saure Minendrainagen erhöht.

Urteil gegen das Bergbauprojekt auf Grundlage der Rechte der Natur

In einem Prozess auf kantonaler Ebene über die Rechtmäßigkeit des Projekts⁶ entschied ein Richter kürzlich zugunsten der Rechte der Natur gegenüber den Interessen der Unternehmen und gab den Angeklagten – dem Umweltministerium und dem Generalstaatsanwalt – drei Monate Zeit, um die in der ersten Phase der Erkundung festgestellten Rechtswidrigkeiten und Unregelmäßigkeiten zu beheben. Dieser Prozess wird von Gruppen der Zivilgesellschaft, darunter auch Universitäten, überwacht werden. Das Umweltministerium legte sofort Berufung gegen das Urteil ein.

³ Mittermeier, R.A., Gil, P.R., Hoffman, M., Pilgrim, J., Brooks, T., Mittermeier, C.G., et al. (2000): "Hotspots Revisited: Earth's Biologically Richest and Most Endangered Terrestrial Ecoregions. Conservation International". Washington D.C.

⁴ Roy, B. A., Zorrilla, M., Endara, L., Thomas, D. C., Vandegrift, R., Rubenstein, J. M., et al. (2018): "New Mining Concessions Could Severely Decrease Biodiversity and Ecosystem Services in Ecuador". Tropical Conservation Science, 11, S. 1-20. <https://doi.org/10.1177/1940082918780427>

⁵ Informationen auf der Grundlage der von der Japan International Cooperation Agency finanzierten Umweltverträglichkeitsstudie sowie anderer Umweltverträglichkeitsstudien und -forschungen. Siehe auch <https://www.de-coin.org/2020/02/codelco-cerca-de-financiar-catastrofica-mina-en-ecuador>

⁶ Der Richter räumte eine Schutzklage der in der ecuadorianischen Verfassung garantierten Rechte ein. Siehe zum Beispiel Rainforest Action Group (26. September 2020): "Major legal victory for endemic species in Ecuador Rights of Nature case". <https://rainforestactiongroup.org/major-legal-victory-for-endemic-species-in-ecuador-rights-of-nature-case>

3 Hintergrund

Zwei Versuche, Kupfer durch internationale Konzerne abzubauen

Junín ist eine Gemeinde im Intag, einem 1.500 km² großen Gebiet mit Nebelwäldern und Farmen im Nordwesten Ecuadors (Landkreis Cotacachi, Provinz Imbabura). In den 1980er Jahren unterstützte die belgische Regierung Ecuador bei der Identifizierung von Gebieten mit Bergbaupotenzial. Der Kanton Junín in der Provinz Imbabura gehört zu den Gebieten, in denen ein Vorkommen von Kupfer entdeckt wurde. In den 1990er Jahren bat die ecuadorianische Regierung die japanische Regierung um Unterstützung bei der Erkundung des Gebietes, um dessen Potenzial zu ermitteln. Bishimetals, eine Tochtergesellschaft der Mitsubishi Corporation, erhielt eine Finanzierung von der Japan International Cooperation Agency (JICA), um in Junín nach Mineralien zu suchen. Die Japaner bestätigten das Vorhandensein eines Kupfer- und Molybdänvorkommens im Bereich des Junín-Cuellaje-Projekts, das sich in der von außergewöhnlicher Biodiversität geprägten Toisán-Bergkette befindet, aber sie konnten die Exploration aufgrund des Widerstands der lokalen Gemeinden und der Regierung nicht zu Ende führen, sie wurde 1997 beendet. Einer der Gründe für die Proteste waren die Ergebnisse einer Umweltverträglichkeitsstudie, die von der Japan International Cooperation Agency finanziert wurde. Die Studie wies auf die gravierenden Auswirkungen hin, die eine Mine in diesem Gebiet verursachen würde.

Im Jahr 2004 erwarb das kanadische Unternehmen Ascendant Copper die Konzession und versuchte, die Exploration zu reaktivieren. Aber der Widerstand der Gemeinden erlaubte es dem Unternehmen nicht einmal, die Bergbaukonzession zu betreten, um die Explorationen fortzusetzen und die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Lagerstätte zu bewerten. Im Jahr 2009 musste Ascendant Copper (jetzt „Copper Mesa Mining Corporation“) Intag aufgrund des starken Widerstands der Bevölkerung aufgeben, woraufhin das Unternehmen den Staat auf Entschädigung verklagte. In der Folge musste die ecuadorianische Regierung 2018 20 Millionen Dollar an das Unternehmen zahlen, um den Rechtsstreit vor einem Schiedsgericht zu beenden.⁷

Dritter und aktueller Versuch: Die staatliche ecuadorianische Bergbaugesellschaft ENAMI und die staatliche chilenische Bergbaugesellschaft CODELCO versuchen den Abbau in der Region voranzutreiben

Im Jahr 2011 unterzeichnete die ecuadorianische Regierung ein Abkommen mit Chile, das das chilenische Staatsunternehmen CODELCO zusammen mit der kürzlich gegründeten staatlichen Empresa Nacional de Minería del Ecuador, ENAMI, ermächtigte, mehrere Bergbauprojekte zu entwickeln, darunter auch das Projekt „Llurimagua“. Dieser Name wurde dem Abbauprojekt gegeben, das jahrzehntelang unter dem Namen Junín bekannt war, um es von dem früheren Scheitern der beiden transnationalen Unternehmen bei der Umsetzung des Projekts abzugrenzen. Im Jahr 2014 genehmigte das Umweltministerium die neue Umweltverträglichkeitsstudie für das geologische Betreiben des Bergbauprojekts (durchgeführt von der Firma ENTRIX und im Auftrag von ENAMI selbst). Unter dem Schutz von Hunderten von Polizist*innen verschafften sich die Unternehmen Zugang zur Bergbaukonzession, um mit der erweiterten Exploration zu beginnen. Hierbei ist festzuhalten, dass ein Gebiet betroffen ist, das reich an archäologischen Überresten, Primärwäldern und unberührten

⁷ UNCTAD. Investment Dispute Settlement Navigator: "Copper Mesa v. Ecuador, Copper Mesa Mining Corporation v. Republic of Ecuador (PCA No. 2012-2)". <https://investmentpolicy.unctad.org/investment-dispute-settlement/cases/436/copper-mesa-v-ecuador>

Flüssen ist. Das Projekt befindet sich noch in der Vor-Machbarkeits-Phase⁸, also der Phase, in der die Rentabilität der Kupfermine bewertet werden soll. CODELCO hat seit 2012 bereits rund 60 Mio. US\$ in das Projekt investiert und 98 Bohrungen durchgeführt. Die Kapazität der Mine wird auf 3,8 Mrd. t Erz mit einem Gehalt von 0,44 % geschätzt, die 16,9 Mio. t Kupfer enthalten.⁹

Die erste Phase der erweiterten Exploration endete 2018 und im Januar 2019 wurde eine Erweiterung der Exploration mit 160 neuen Bohrungen in einem Gebiet, das reich an Primär- und Sekundärwäldern ist, vorgeschlagen. Ab Oktober 2020 konnten die Unternehmen die Exploration jedoch aus verschiedenen Gründen nicht wiederaufnehmen: Auswirkungen der Pandemie, Meinungsverschiedenheiten über den besten Weg zur Gründung eines neuen Unternehmens und über den Wert der Lagerstätte sowie die Nichtgenehmigung der Umweltverträglichkeitsstudie für die Explorationserweiterung. Ein Bericht des Contraloría General (Rechnungshofs) der Regierung bestätigte, dass es in der Explorationsphase viele Unregelmäßigkeiten und Gesetzesverstöße gab.¹⁰



Bild: Carlos Zorilla

⁸ El Oriente/Bergbauzeitung (13.01.2020): "Llorimagua, una decisión posible en 202".

<https://www.eloriente.com/index.php/articulo/llurimagua-una-decision-posible-en-2023/13716>

⁹ Mining Journal (13.02.2020): "New ENAMI boss with Llorimagua headache to sort out". <https://www.mining-journal.com/copper-news/news/1380966/new-enami-boss-with-llurimagua-headache-to-sort-out> (Zugriff 31.10.2020)

¹⁰ Office of the Comptroller General of the State. (2019): "DNA6 - Dirección Nacional de Auditoría de Recursos Naturales". <https://www.contraloria.gob.ec/WFDescarga.aspx?id=57938&tipo=inf>

4 Merkmale der Region und die durch den Kupferabbau verursachten Umweltauswirkungen

Mehrere wissenschaftliche Studien und verschiedene Umweltverträglichkeitsprüfungen haben viel zum Wissen über die Eigenschaften des Gebiets und die möglichen Auswirkungen eines Kupferabbaus beigetragen. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die erste Umweltverträglichkeitsstudie aus dem Jahr 1996, die von der Japan International Cooperation Agency¹¹ finanziert wurde, von großer Bedeutung ist. Zum einen, weil sie viele Informationen über die möglichen Auswirkungen des Rohstoffabbaus brachte, und zum anderen, weil sie von einer unabhängigen Institution erstellt wurde. Die folgenden Aspekte könnten im Falle eines Bergbaus schwerwiegende Umweltauswirkungen bedeuten.

Hohe Niederschlagsmenge und hohes Risiko für saure Minenentwässerung

Die jährliche Niederschlagsmenge in Intag schwankt im Durchschnitt zwischen 1.000 und 3.000 mm. In der Regenzeit oder unter dem Einfluss des Phänomens El Niño sind die Niederschlagsmengen noch höher.¹² Starke Regenfälle, in Verbindung mit reichlich vorhandenen unterirdischen Grundwasserleitern, wie sie in Intag vorhanden sind, und dem Vorkommen von Schwermetallen im Erz, ergeben eine tödliche Mischung.¹³ Dies erhöht nicht nur das Risiko von vom Menschen verursachten Katastrophen, wie z. B. Erdbeben¹⁴, sondern kann auch zu saurem Grubenwasser führen. An Standorten wie jenem, an dem die Junin-Mine geplant ist, gibt es (laut der japanischen Umweltverträglichkeitsprüfung) einen Überfluss an unterirdischem Wasser. Für die Anlage großer Gruben zum Abbau des Erzes müssen Bäche und Grundwasserleiter umgeleitet oder ausgetrocknet werden, damit sich die Grube nicht mit Wasser füllt. Wenn das Wasser aus dem Inneren der Grube abgepumpt wird, was angesichts der hohen Niederschläge und der Versickerung unvermeidlich sein wird, wird das Wasser wahrscheinlich mit Schwermetallen als Folge der sauren Minenentwässerung kontaminiert sein. Dieses chemische Phänomen ist sehr schwer zu kontrollieren, vor allem, wenn Schwefelverbindungen im Bergbauern und Abraumgestein mit Luft und Wasser in Kontakt kommen. Der Schwefel säuert das Wasser an, das dann die Schwermetalle aus den Abraumhalden und dem ebenfalls kontaminierten Untergrund, der zwischen dem Bodenniveau und dem Erz liegt, auslaugt. Einmal begonnen, kann es Tausende von Jahren dauern, bis die Säure neutralisiert ist. Innerhalb des Konzessionsgebiets gibt es ein Dutzend Flüsse. In der japanischen Umweltverträglichkeitsprüfung wurden sie als hochgradig schwermetallbelastet eingestuft, wobei Konzentrationswerte vorhergesagt wurden, die bis zu 100-mal höher sind als das, was normalerweise im Boden vorkommt.

¹¹ Siehe Japan International Cooperation Agency (1996): "Informe final sobre la exploracion mineral de cooperacion tecnica en las áreas de junin y cuellaje, Republica del Ecuador".

https://openjicareport.jica.go.jp/661/661/661_706_11282761.html

¹² Kocian, M., Batker, D., & Harrison-Cox, J. (2011): "An Ecological Study of Ecuador's Intag Region: The Environmental Impacts and Potential Rewards of Mining". Earth Economics, Tacoma, WA.

¹³ Siehe Japan International Cooperation Agency (1996): "Informe final sobre la exploracion mineral de cooperacion tecnica en las áreas de junin y cuellaje, Republica del Ecuador".

https://openjicareport.jica.go.jp/661/661/661_706_11282761.html

¹⁴ Erdbeben oder Baker-Dammbrüche, wie im Januar 2019 in Brumadinho, Brasilien, als mindestens 237 Menschen bei einem Dammbruch in einer Eisenerzmine starben. Siehe Philipp, D. (2020): "Brazil prosecutors charge 16 people with murder in dam collapse that killed 270". The Guardian. <https://www.theguardian.com/world/2020/jan/21/brazil-dam-collapse-mining-disaster-charges>

Geografische und geologische Bedingungen

Das Gebiet, in dem das Kupfer entdeckt wurde, ist außergewöhnlich steil und bergig, was den Abbau viel schwieriger und teurer macht als in den meisten anderen Minen. Dies wurde in der jüngsten Umweltverträglichkeitsprüfung für die Erweiterung der Explorationsaktivitäten hervorgehoben, die im Januar 2019 veröffentlicht wurde. Die japanische Umweltverträglichkeitsprüfung aus dem Jahr 1996 enthält auch deutliche Hinweise darauf, dass das Kupfer von Junín sehr tief liegt, was den Abbau sehr viel umweltschädlicher und wirtschaftlich riskanter macht. Das Toisan-Gebirge und die nördlichen Anden im Allgemeinen haben viele geologische Verwerfungen, die ein erhebliches Erdbebenrisiko darstellen. Tatsächlich stuft die EIA 2019 das Gebiet als eine Region ein, die alle zehn Jahre ein erhebliches Risiko für ein großes seismisches Ereignis aufweist.

Artenvielfalt

Der nordwestliche Teil Ecuadors, in dem sich das Bergbauprojekt befindet, ist Teil der tropischen Anden und gehört zu den 36 wichtigsten Biodiversitäts-Hotspots auf dem Planeten.¹⁵ Im Jahr 2018 identifizierten Forscher*innen 279 bedrohte Tierarten¹⁶ innerhalb oder in der Nähe der Wälder, die auf der Roten Liste der IUCN stehen, die nun durch das Llorimagua-Projekt bedroht sind. Hunderte weitere Arten könnten auf Ecuadors Roten Listen stehen, viele davon sind vom Aussterben bedroht. Dazu gehören jedoch noch nicht die beiden kürzlich gefundenen endemischen Froscharten, die innerhalb der Bergbaukonzession und nirgendwo sonst auf der Welt existieren. Anfang 2018 haben Biolog*innen, die die neue Umweltverträglichkeitsstudie für das Unternehmen¹⁷ ENAMI vorbereiten, drei Arten identifiziert, die vom Aussterben bedroht sind, darunter auch ein Klammeräffchen. Das Llorimagua-Projekt würde ihr Aussterberisiko dramatisch erhöhen.

Darüber hinaus würden die Kupfermine und andere geplante Bergbauprojekte in der Region in einem größeren Zusammenhang betrachtet einen massiven Einfluss auf die regionalen klimatischen Bedingungen haben, ausgelöst durch massive Abholzung und Manipulation des hydrologischen Systems, so die japanische Folgenabschätzung.¹⁸ Dies hätte nicht nur schwerwiegende Folgen für die Landwirtschaft und das ökotouristische Potenzial der Region, sondern auch für die Integrität des großräumigen Ökosystems der Anden.¹⁹ Die Region Intag ist ein wesentlicher Korridor für das Cotacachi-Schutzgebiet. Aufgrund der großen Anzahl von Bergbaukonzessionen besteht die Gefahr, dass Cotacachi zu einer von Minen umgebenen Insel wird. Durch die zunehmende Isolation und

¹⁵ Mittermeier, R.A., Gil, P.R., Hoffman, M., Pilgrim, J., Brooks, T., Mittermeier, C.G., et al. (2000): "Hotspots Revisited: Earth's Biologically Richest and Most Endangered Terrestrial Ecoregions. Conservation International". Washington D.C.

¹⁶ Roy, B. A., Zorrilla, M., Endara, L., Thomas, D. C., Vandegrift, R., Rubenstein, J. M., et al. (2018): "New Mining Concessions Could Severely Decrease Biodiversity and Ecosystem Services in Ecuador". *Tropical Conservation Science*, 11, S. 1-20. <https://doi.org/10.1177/1940082918780427>

¹⁷ EntrixINC (2014): "Impact Study and Environmental Management Plan for the Advanced Exploration Phase for metallic minerals of the mining concession No. 403001 Llorimagua".

¹⁸ Siehe Japan International Cooperation Agency (1996): "Informe final sobre la exploracion mineral de cooperacion tecnica en las áreas de junin y cuellaje, Republica del Ecuador". https://openjicareport.jica.go.jp/661/661/661_706_11282761.html

¹⁹ Auswirkungen, die in der von japanischen Technikern erstellten Umweltverträglichkeitsstudie von 1996 identifiziert wurden. Siehe Japan International Cooperation Agency (1996): "Informe final sobre la exploracion mineral de cooperacion tecnica en las areas de junin y cuellaje, Republica del Ecuador". https://openjicareport.jica.go.jp/661/661/661_706_11282761.html Zur Wasserverschmutzung siehe auch Sacher, W & Chopard, A. (2017): "Megaminería y agua en Intag: una evaluación independiente. Vorläufige Analyse der möglichen Auswirkungen auf das Wasser durch den Kupfertagebau in Junín, Intag-Gebiet, Ecuador". https://www.researchgate.net/publication/319234942_Megamineria_y_agua_en_Intag_una_evaluacion_independiente_Analisis_preliminar_de_los_potenciales_impactos_en_el_agua_por_la_explotacion_de_cobre_a_cielo_abierto_en_Junin_zona_de_Intag_Ecuador

Randeffekte wie das Austrocknen des Waldes verliert die Insel an Biodiversität. Darüber hinaus stellen die Korridore eine wichtige Verbindung zwischen den tiefer gelegenen Regionen und den höheren Andenlagen dar, eine wichtige Migrationsroute für viele Arten, um sich an die veränderten Bedingungen des Klimawandels anzupassen.²⁰ Darüber hinaus sagte ein sachverständiger US-Geologe aufgrund der physikalischen Bedingungen und der Topographie voraus, dass es aufgrund der Lage und des Managements der Abraumhalden unweigerlich zu einer großen Umweltkatastrophe kommen würde.²¹

5 Vorbeugende Maßnahmen und Monitoring

Aktuelle Vorsichtsmaßnahmen des Unternehmens

Während der Explorationsphase ergriffen die beiden verantwortlichen Unternehmen unterschiedliche Maßnahmen, um die negativen Auswirkungen auf die Umwelt zu mindern. Während der Konzessionsinhaber, in diesem Fall ENAMI, die Hauptverantwortung für die Maßnahmen trug, waren beide Unternehmen im Rahmen des Joint Ventures an den Aktivitäten beteiligt. Man forstete degradierte Flächen mit einheimischen Arten auf, vermied Blockaden von Bächen durch Schutt, verwendete in den Bohrlöchern biologisch abbaubare Stoffe, minimierte die Nutzung der meisten Wege im Wald, verwendete Maschinen und Materialien, die von Menschen oder Maultieren transportiert wurden, und gefährliche Materialien und allgemeiner Abfall wurden aus dem Abbaubereich heraustransportiert. Die Mitarbeiter*innen wurden zum Verbot des Jagens und Sammelns von Pflanzen und Tieren geschult.

Gleichzeitig haben die Unternehmen eine Umweltüberwachungsgruppe gegründet und finanziert, die sich aus Personen aus den Gemeinden im direkten und indirekten Einwirkungsbereich zusammensetzt und hauptsächlich die Wasserqualität überwacht. Einige Mitglieder der Gruppe sind auch Mitarbeiter*innen des Unternehmens. Alle sechs Monate führen sie Umweltüberwachungen durch, die in der Umweltverträglichkeitsstudie vorgeschrieben sind. Bevor sie die Überwachung durchführen, wurden sie vom Unternehmen gebeten, eine Schulung zu absolvieren. Sie berichten die Ergebnisse hauptsächlich an die eigene Gemeinde.

Von Gemeindegliedern wird kritisiert, dass Proben an Stellen genommen werden, die nicht betroffen sind, und dass das Unternehmen selbst entscheiden kann, wie es das Monitoring durchführt und gestaltet. Es gibt keine unabhängige Kontrolle, die überprüft, ob das Monitoring adäquat durch-

²⁰ Báez, S., Jaramillo, L., Cuesta, F., & Donoso, D. A. (2016): "Auswirkungen des Klimawandels auf die Biodiversität der Anden: eine Synthese der bis 2015 veröffentlichten Studien". *Neotropical Biodiversity*, 2(1), S. 181-194. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/23766808.2016.1248710>

²¹ Zu den übrigen Problemen und Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit dem Bergbauprojekt kommen die unvorstellbaren geophysikalischen und ökologischen Herausforderungen des Bergbaubereichs hinzu, die den nordamerikanischen Geologen Steven Emerman von der Malach Consulting im Jahr 2020 zu der Schlussfolgerung veranlassten, dass Llorimagua das gefährlichste Projekt ist, das er je evaluiert hat. Siehe <http://codelcoecuador.com/2019/11/11/codelco-fuera-de-intag/>.

geführt wird. Das Umweltministerium hat es bisher nicht für nötig gehalten, die effektive und getreue Einhaltung der vom Unternehmen durchgeführten Maßnahmen zu überprüfen, zum Beispiel durch regelmäßige Inspektionen. Dies wird auch im Bericht des Rechnungshofes kritisiert.²²

Überwachung durch die Gemeinde

Um eine unabhängige Überwachung der Explorationsmaßnahmen, möglicher Schäden oder der potenziell zufriedenstellenden Regelbefolgung zu gewährleisten, wurde eine gemeinschaftliche Überwachungsgruppe als unabhängige Alternative zu der vom Unternehmen organisierten Überwachungsgruppe gebildet. Die Auswahlkriterien für diese Gruppe waren ähnlich wie die der vom Unternehmen geschaffenen Überwachungsgruppe, d.h. die Bereitschaft, Zeit für die Arbeit aufzuwenden und eine Ausbildung bei einer Person durchzuführen, welche einen Doktor*innentitel der Atmosphärenwissenschaften mit umfangreichen Kenntnissen in Geologie innehat. Die Gruppe überwacht hauptsächlich die Wasserqualität und patrouilliert die entsprechenden Gebiete während Bergbauaktivitäten stattfinden. Die Ergebnisse des Monitorings sind öffentlich und wurden in Gerichtsverfahren gegen das Bergbauprojekt verwendet. Sie belegen das Auftreten von Wasserverschmutzung, trotz der Verpflichtung des Unternehmens zum Wasserrecycling und zur Wasseraufbereitung. Die Überwachungsgruppe der Gemeinde entdeckte und dokumentierte, wie Wasser aus den Erkundungsbohrungen ohne jegliche Behandlung in die Flüsse eingeleitet wurde. Ein großes Problem dieser Gruppe ist jedoch, dass die Arbeit ihrer Teilnehmer*innen selten bezahlt wird. Die Gruppe erhält Gelder von Nichtregierungsorganisationen und hat mit der kantonalen Regierung zusammengearbeitet, aber ihr fehlt eine stabile Finanzierungsquelle.

Um ihre Überwachungsarbeit durchführen zu können, muss die Monitoringgruppe der Gemeinde freien Zugang zur gesamten Bergbaukonzession erhalten, ohne dass das Unternehmen sie daran hindert, die Überwachung durchzuführen. Im Fall von Llorimagua ist der Zugang nicht völlig frei, da er vom Unternehmen kontrolliert wird. Dank des sozialen Drucks war es jedoch bei den meisten Gelegenheiten möglich, Zugang zur Bergbaukonzession²³ zu erhalten.

6 Unregelmäßigkeiten und Menschenrechtsverletzungen während der Explorationsphase des Bergbauunternehmens ENAMI

Während der erweiterten Explorationsphase wurden verschiedene Rechte der lokalen Bevölkerung verletzt.

Laut einem Bericht des Rechnungshofes²⁴ wurde das Recht auf vorherige Konsultation als erstes Recht verletzt, da die Gemeinden bis heute nicht in einem formellen Konsultationsprozess angehört wurden. Das Recht auf vorherige Konsultation ist sowohl in der Deklaration der Vereinten Nationen

²² Office of the Comptroller General of the State (2019): "DNA6 - Dirección Nacional de Auditoría de Recursos Naturales". <https://www.contraloria.gob.ec/WFDescarga.aspx?id=57938&tipo=inf>

²³ Beobachtung Carlos Zorilla

²⁴ Office of the Comptroller General of the State (2019): "DNA6 - Dirección Nacional de Auditoría de Recursos Naturales". <https://www.contraloria.gob.ec/WFDescarga.aspx?id=57938&tipo=inf>

über die Rechte der indigenen Völker als auch in der Verfassung der Republik Ecuador festgeschrieben.²⁵ Während sich die Deklaration auf das Recht der indigenen Völker bezieht, sieht die Verfassung das Recht aller Gemeinden auf eine Umweltkonsultation vor.²⁶ Die Durchführung der Konsultationen ist Aufgabe des Staates, d. h. die zuständigen staatlichen Behörden hätten vor Beginn der Exploration die betroffenen Gemeinden und lokalen Regierungen einladen müssen, um das Projekt zu diskutieren, wichtige wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Fragen zu identifizieren, um negative Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche zu vermeiden, ihre Einwände und Kritikpunkte sowie ihre Vorschläge zur Vermeidung oder Abschwächung dieser Risiken zu dokumentieren und dann auf diese und die Maßnahmen der Unternehmen zu reagieren. Dies wurde nicht getan. Die Regierung argumentierte, dass es keine indigene Bevölkerung gäbe und man sie nicht konsultiert habe, obwohl die Verfassung Ecuadors eine Umweltkonsultation für alle Gemeinden vorsieht²⁷. Darüber hinaus haben weder die lokale Gemeinde noch die subnationalen Regierungen trotz der Bedeutsamkeit eines partizipativen Prozesses daran teilgenommen, die Elemente zu identifizieren, die in die Basis- und Umweltverträglichkeitsstudien oder ähnliche Studien aufgenommen werden sollten, um negative Auswirkungen auf die Gemeinde und ihre Umwelt zu verhindern. Im Fall von Llurimagua sind die staatlichen Stellen ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen.

Was stattdessen zwischen 2012 und 2019 von Vertretern des staatlichen Unternehmens ENAMI, dem Inhaber der Konzession, durchgeführt wurde, waren Treffen (nicht Konsultationen²⁸) mit den Gemeinden im Bereich des direkten Einflusses der Bergbauaktivitäten und einigen im Bereich des indirekten Einflusses, um das Projekt besser zu „sozialisieren“. In diesen Prozessen erklärte ENAMI den Anwohner*innen die Aktivitäten und Ziele der Erkundungsphasen. Diese Prozesse waren jedoch mangelhaft, da die Informationen über das Projekt eher einseitig als objektiv dargestellt wurden. Es

²⁵ In der Verfassung der Republik Ecuador von 2008 wird in Artikel 57, Nummer 7, anerkannt, dass Gemeinden, Gemeinschaften, Dörfer und indigene Völker das kollektive Recht auf vorherige, freie und informierte Konsultation innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens über Pläne und Programme zur Prospektion, Ausbeutung und Kommerzialisierung von nicht erneuerbaren Ressourcen haben, die sich auf ihrem Land befinden und die sie ökologisch oder kulturell beeinträchtigen können; an den Vorteilen, die diese Projekte mit sich bringen, teilzuhaben und eine Entschädigung für die ihnen zugefügten sozialen, ökologischen und kulturellen Schäden zu erhalten. Die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker legt in Artikel 32(2) fest, dass „die Staaten die betroffenen indigenen Völker durch ihre eigenen repräsentativen Institutionen in gutem Glauben konsultieren und mit ihnen zusammenarbeiten müssen, um ihre freie und informierte Zustimmung vor der Genehmigung von Projekten einzuholen, die ihr Land oder ihre Territorien und andere Ressourcen betreffen, insbesondere im Zusammenhang mit der Erschließung, Nutzung oder Verwertung.“ Siehe auch Defensoría del Pueblo de Ecuador: "Consentimiento libre, previo e informado en el Ecuador: Aportes al Mecanismo de Expertos sobre los Derechos de los Pueblos Indígenas".

https://www.ohchr.org/Documents/Issues/IPeoples/EMRIP/FPIC/Ecuador_NHRI.pdf

²⁶ Büro des Ombudsmannes von Ecuador: "Free, Prior and Informed Consent in Ecuador: Contributions to the Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples". https://www.ohchr.org/Documents/Issues/IPeoples/EMRIP/FPIC/Ecuador_NHRI.pdf S.9

²⁷ Siehe Comptroller General Report Fußnote 24

²⁸ Eine vorherige Konsultation setzt voraus, dass die beratende Stelle, sei es der Staat oder ein Unternehmen, a) die Gemeindeglieder und lokale Produktiv- und Umweltorganisationen im Voraus einlädt; b) sicherstellt, dass es eine Meinungs- und Geschlechtervielfalt bei den Konsultationen gibt; c) die Gemeinden und subnationalen Regierungen ermutigt, Experten zum Thema und unabhängige Menschenrechtsstellen (Ombudsstelle und NGOs) einzuladen. Die Konsultationen müssen in gutem Glauben durchgeführt werden, d. h. ohne die Absicht, die Bevölkerung zu täuschen oder unter Druck zu setzen, mit dem alleinigen Ziel, die „Genehmigung“ oder soziale Lizenz zu erhalten. Der Zweck der Konsultationen ist nicht, die Zustimmung der Konsultierten zu erhalten, sondern die Wünsche der Gemeinschaften zu verstehen und zu respektieren, um ihre eigene Vision der Lebensweise und der Art der Entwicklung, die sie wünschen, zu bestimmen. Und dies wird nur erreicht, wenn die konsultierten Akteure vollständig verstehen, welche sozialen, kulturellen und ökologischen Auswirkungen die vorgeschlagene(n) Aktivität(en) kurz-, mittel- und langfristig haben werden. Dazu gehört auch, dass die Vertreter der Gemeinschaft an der Identifizierung natürlicher, kultureller und/oder spiritueller Elemente beteiligt sind, die von den Abbauprodukten nicht betroffen sein sollten. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass Pakte oder Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Gemeinde, wenn sie durchgeführt werden sollen, in öffentlichen und partizipativen Versammlungen genehmigt werden müssen, bei denen die gesamte Gemeinde vertreten ist und nicht nur die Einzelpersonen, in der Regel Männer, die am meisten von den vorgeschlagenen Aktivitäten profitieren würden. In der Verfassung der Republik Ecuador von 2008 wird in Artikel 57, Nummer 7, das kollektive Recht auf vorherige Konsultation der Gemeinden, Gemeinschaften, Völker und indigenen Nationen anerkannt und garantiert. Siehe auch Anmerkung Nr.25 in diesem Dokument für weitere Details.

wurden nur die positiven Aspekte der Exploration (und die Vorteile der zukünftigen Mine) dargestellt, insbesondere die Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitssuchende^{29,30}, während keine Personen oder Organisationen eingeladen wurden, die über die möglichen negativen Auswirkungen des Betriebs berichten konnten.

Als die Unternehmen zum Beispiel die Umweltverträglichkeitsstudie mit den Gemeinden adressierten, vermieden sie es, das Vorhandensein gefährdeter Arten und die hohe Wahrscheinlichkeit einer Wasserverschmutzung zu erwähnen – Aspekte, die in der Studie hervorgehoben wurden. Andere Aspekte blieben sehr vage; zum Beispiel sagten die Vertreter*innen der Unternehmen, dass sie das Wasser recyceln werden, dass Wälder mit einheimischen Arten aufgeforstet werden und dass der Müll außerhalb des Bergbaugebiets abtransportiert wird, aber sie machten keine Angaben darüber, wie diese Aktivitäten durchgeführt werden sollen. Während die Unternehmen in anderen Abschnitten der Zusammenarbeit mit den Gemeinden verschiedene Genehmigungsdokumente ohne größere Hürden zugänglich machten, wurde die Umweltverträglichkeitsstudie nur ohne ihre Anhänge vorgelegt.^{31,32}

Im Sozialisierungsprozess 2019 erweckten sowohl die Unternehmen als auch das Umweltministerium sogar den Eindruck, dass sie versuchten, die Beteiligung und eventuelle Kritik der lokalen Bevölkerung am Sozialisierungsprozess zu verhindern. Eine ergänzende Umweltverträglichkeitsstudie und ein Umweltmanagementplan wurden vorgelegt, um die Ausweitung der Exploration des Llurimagua-Projekts zu legitimieren. Die 1.500-seitige Studie, vollgepackt mit Fachbegriffen und äußerst komplexen Informationen, wurde in verschiedenen Büros nur drei Tage lang und nur in digitaler Form präsentiert, obwohl nur sehr wenige Menschen in den Gemeinden Computer zu Hause haben. Darüber hinaus lies das Umweltministerium nur für die Dauer von 15 Tagen Kommentare der Öffentlichkeit zu, obwohl rechtlich 30 erlaubt gewesen wären.³³

Teile der Bevölkerung lehnten die Aktivitäten der Unternehmen ab, kritisierten den Prozess und behaupteten, dass viele der Präsidenten der Gemeinden, im von der Bergbaukonzession betroffenen Sektor, Angestellte des Unternehmens sind oder auf ihre Rückkehr zur Arbeit warten, sobald die Explorationsarbeiten wiederaufgenommen werden. Folglich würden diese versuchen, Dutzende von Menschen zu mobilisieren, um die Informationszentren zu besuchen und für den Ausbau zu stimmen, ohne die Studie gelesen zu haben.³⁴

Weitere Rechte, die während der Explorationsphase des Llurimagua-Projekts verletzt wurden, sind das Recht auf freie Bewegung und Freiheit. Das Recht der Bewohner*innen auf Bewegungsfreiheit wurde im gesamten Gebiet von Intag zwei Monate lang durch die illegale Besetzung von etwa 400 Polizist*innen und Militärs im Mai 2014 beeinträchtigt. Dies wurde als Sicherheitsmaßnahme zum Schutz der Mitarbeiter*innen des Unternehmens und als Gewährleistung des Zugangs zur Bergbaukonzession während der Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung gerechtfertigt.³⁵

Nicht zuletzt erregte der Fall von Javier Ramírez internationale Aufmerksamkeit. Das Freiheitsrecht des Aktivisten zur Verteidigung von Umweltrechten wurde beeinträchtigt, als er 2014 wegen eines

²⁹ Observatorio Latinoamericano de Conflictos Ambientales (26.11.2014): "Aprueban estudio de impacto ambiental para explotación minera en Intag". <http://olca.cl/articulo/nota.php?id=104987>

³⁰ Carlos Zorilla nahm an einem solchen Treffen teil und beobachtete das Genannte.

³¹ Beobachtet von Carlos Zorilla.

³² Carlos Zorilla hat den Prozess verfolgt.

³³ Comisión Ecuémica de DDHH: "Comuneros rechazan socialización para ampliar minería en Intag". <https://www.cedhu.org/noticias/13-noticias-cedhu/101-mineria-intag>

³⁴ Comisión Ecuémica de DDHH: "Comuneros rechazan socialización para ampliar minería en Intag". <https://www.cedhu.org/noticias/13-noticias-cedhu/101-mineria-intag>

³⁵ Defensoría del Pueblo (2019): "Resolución No. 003-DPE-DNDCNA-2019". Quito. pp. 48ff. Dazu: Brief der Nationalen Politik an das ecuadorianische Militär vom 14. Juni 2016

Angriffs auf Enami-Personal und -Eigentum (eine Aktion, an der er nicht beteiligt war) strafrechtlich verfolgt, willkürlich verhaftet und für zehn Monate ohne Urteil inhaftiert wurde. Nach nationalen und internationalen Protesten wurde er nicht freigesprochen, sondern in einem politischen Prozess zu einer zehnmonatigen Haftstrafe wegen „Rebellion“ verurteilt.³⁶

7 Rechtsstreit zwischen nationalen und kantonalen Regierungen – die Rechte der Natur

Neben der Anerkennung und der Einhaltung der Ergebnisse der vorherigen Konsultationen zu Bergbauprojekten verpflichtet die ecuadorianische Verfassung die staatlichen Organe, die Entwicklungspläne und Meinungen der subnationalen Regierungen und Gemeinden vor der Erteilung von Bergbaukonzessionen zu berücksichtigen und zu bewerten. Die Regierung des Kantons Cotacachi hat zwei Umweltschutzgesetze, die den Bergbau verbieten. Gleichzeitig erkennt die Verfassung den Kantonsregierungen das Recht zur „Landnutzung“ und zur Planung der Entwicklung innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs zu. Es ist offensichtlich, dass der Bergbau Auswirkungen auf Boden, Wasser, Luft, biologische Vielfalt und lokale Entwicklung hat, also Themen, die in der Verantwortung der subnationalen Regierungen liegen. Das wichtigste rechtliche Instrument, das den subnationalen (kantonalen) Regierungen zur Verfügung steht und gegen das Bergbauprojekt eingesetzt werden könnte, ist daher die Verweigerung von Genehmigungen für Landnutzungsänderungen.

Die nationale Regierung, insbesondere die nationale Bergbaugesellschaft ENAMI und das Umweltministerium, respektiert diese Gesetze jedoch nicht oder argumentiert, dass sie nicht anwendbar sind, da sie der Meinung ist, dass gemäß den Befugnissen, die der nationalen Regierung in der Verfassung zugestanden werden, die subnationalen Regierungen keine Zuständigkeit für mineralische Ressourcen haben. Es stützt sich auf einen Artikel der Verfassung, der der nationalen Regierung die Exklusivität der Bewirtschaftung und Verwaltung der Bodenschätze zugesteht.

In der Vergangenheit hat die kantonale Regierung mehrere verfassungsrechtliche Maßnahmen vorgelegt, um zu versuchen, das Bergbauprojekt zu stoppen. Die letzte dieser Maßnahmen wurde im August 2020 aufgrund von Verletzungen der Rechte der Natur (siehe Kasten) mit der Unterstützung der lokalen NGO „Decoin“³⁷ eingereicht, die am 24. September 2020 ein positives Urteil in erster Instanz erwirkte. Das Gericht entschied zugunsten der Rechte der Natur gegenüber den wirtschaftlichen Rechten der Bergbauunternehmen und gab den Angeklagten – dem Umweltministerium und dem Generalstaatsanwalt – drei Monate Zeit, um die in der ersten Phase der Erkundung festgestellten Rechtswidrigkeiten und Unregelmäßigkeiten zu beheben. Dieser Prozess wird von einer Reihe

³⁶ Siehe Frontline Defenders: "Historia del caso: Darwin Javier Ramirez Piedra". <https://www.frontlinedefenders.org/es/case/historia-del-caso-darwin-javier-ramirez-piedra> Siehe auch Business & Human Rights Resource Centre (03.03.2009): "Copper Mesa Mining lawsuit (re Ecuador)". <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/copper-mesa-mining-lawsuit-re-ecuador/> Zudem rettet den Regenwald e.V. (25.02.2015): "Erfolg: Ecuador: Javier Ramirez ist frei". <https://www.regenwald.org/erfolge/6390/ecuador-javier-ramirez-ist-frei> Und El Comercio (19.02.2015): "La sentencia de Javier Ramirez sentó un precedente en el valle de Intag". <https://www.elcomercio.com/actualidad/intag-javier-ramirez-mineria-detencion.html> Siehe auch Defensoria del Pueblo Fußnote zuvor.

³⁷ Zorilla, C. (2020): "Major legal victory for endemic species in Ecuador and the Rights of Nature". <https://www.decoin.org/> Für weitere Informationen siehe auch London Mining Network (2020): "Naturrecht ein effektives Werkzeug für den Bergbauwiderstand". <https://londonminingnetwork.org/2020/12/rights-of-nature-an-effective-tool-in-mining-resistance/>

von zivilgesellschaftlichen Gruppen, darunter auch Universitäten, überwacht werden. Gegen das Urteil hat das Umweltministerium sofort Berufung eingelegt.

Ein weiteres juristisches Verfahren, das eingeleitet wurde, basiert auf der fehlenden Konsultation und den Rechten der Natur, die einen geschützten Wald (Schutzgebiet) betreffen würden. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass in Zukunft weitere Verfassungsklagen aufgrund der möglichen Verletzung der Rechte der Natur eingereicht werden, angesichts der schwerwiegenden und dauerhaften Auswirkungen, die der Bergbau verursacht. Eine ökologische Sorgfaltspflicht könnte die Umsetzung des Rechts auf Natur stärken, indem mehr Druck auf Upstream Unternehmen ausgeübt wird, Mineralien zu beschaffen, die in Übereinstimmung mit den Umweltvorschriften gefördert werden (ausführlicher im Fazit)³⁸.

Exkurs: Rechte der Natur im Kontext des Extraktivismus

Die Rechte der Natur sind ein Konzept, das sich weltweit (auch in Europa³⁹) durchgesetzt hat. Allgemein ausgedrückt handelt es sich um die Anerkennung, dass alle Bestandteile der Natur Rechte haben. Ecuador war das erste Land der Welt, das sie in seiner Verfassung verankert hat (Art. 71-74), aber auch die Gerichte mehrerer anderer Länder haben sich für die Achtung der Rechte z. B. von Flüssen und Bergen ausgesprochen⁴⁰. Artikel 71 der ecuadorianischen Verfassung erkennt an, dass die Natur „das Recht hat, dass ihre Existenz vollständig respektiert wird und dass ihre Lebenszyklen, ihre Struktur, ihre Funktionen und ihre evolutionären Prozesse erhalten und regeneriert werden.“ Wenn ein Bergbauprojekt beispielsweise die Lebenszyklen bestimmter Arten zu behindern oder zu unterbrechen droht, „kann jede Person, jede Gemeinschaft, jedes Volk oder jede Nationalität verlangen, dass die Behörde die Rechte der Natur beachtet.“ Trotzdem wurde dieses Recht in Ecuador immer wieder verletzt und es kam zu einer starken Kriminalisierung von Aktivist*innen, die sich für die Umwelt einsetzten. Im vorliegenden Fall war das Recht der Natur jedoch kürzlich die Grundlage für ein Urteil gegen den Bergbau. Im September 2020 entschied ein Richter in Cotacachi, dass die Bergbaugenehmigung widerrufen wird, wenn die Regierung nicht nachweisen kann, dass sie bedrohte Arten ausreichend vor dem Aussterben schützen kann.⁴¹

³⁸ Siehe die minimalen Anforderungen in Bezug auf eine umweltbezogene Sorgfaltspflicht: Krebs, D., Klinger, R., Galihofer, P., Scherf, S.C. (2020): „Von der menschenrechtlichen zur umweltbezogenen Sorgfaltspflicht. Aspekte zur Integration von Umweltbelangen in ein Gesetz für globale Wertschöpfungsketten“. Umweltbundesamt. P. 49. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbezogene-sorgfaltspflichten>.(p 38)

³⁹ Siehe zum Beispiel Schoukens, H. (2020): "Rights of Nature in the European Union: Contemplating the Operationalization of an Eco-Centric Concept in an Anthropocentric Environment?", S. 205-234. In: Pereira J., & Saramago A. (eds) Non-Human Nature in World Politics. Frontiers in International Relations. Springer, Cham. http://doi-org-443.webvpn.fjmu.edu.cn/10.1007/978-3-030-49496-4_11

⁴⁰ Siehe zum Beispiel Knauß, S. (2018): "Conceptualizing Human Stewardship in the Anthropocene: The Rights of Nature in Ecuador, New Zealand and India". Journal of Agricultural and Environmental Ethics, 31(6), S. 703-722. Oder auch O'Donnell, E. L., & J. Talbot-Jones (2018). "Creating legal rights for rivers: lessons from Australia, New Zealand, and India", Ecology and Society, 23(1), S. 7.

⁴¹ Rainforest Action Group (26. September 2020): "Wichtiger juristischer Sieg für endemische Arten in Ecuador: Rights of Nature Case". <https://rainforestactiongroup.org/es/major-legal-victory-for-endemic-species-in-ecuador-rights-of-nature-case/>

8 (Rechtlicher) Widerstand durch lokale Akteure

Vor den oben erwähnten Rechtsfällen im Zusammenhang mit der Exploration von ENAMI und Codelco haben andere Rechtsstreitigkeiten stattgefunden, die sich auf die Gesetzgebung außerhalb Ecuadors bezogen. Ein Beispiel stellen die Explorationsbemühungen des kanadischen Unternehmens in den frühen 20er Jahren dar. Hier reichten lokale Akteure aus Intag, darunter Decoin, eine Klage gegen die Börse in Kanada wegen Menschenrechtsverletzungen ein (was einen rechtlichen Präzedenzfall schuf). Das Hauptargument war, dass die Börse in Toronto – obwohl sie im Bilde war, dass die Bergbaufirma Copper Mesa mit Hilfe von Finanzierungen, die sie an derselben Börse erhielt, Gewalttaten beging – der Bergbaufirma erlaubte, die Menschenrechte in Ecuador zu verletzen. Die Gerichte in Ontario lehnten diese Argumentationslinie ab und stellten fest, dass weder die Börse noch die Direktoren von Copper Mesa eine rechtliche Verpflichtung hatten, mögliche Schäden für die Kläge*innen bei der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit in Ecuador zu berücksichtigen. Andererseits verlor Copper Mesa während der begrenzten Dauer des Rechtsstreits seine Börsennotierung an der Toronto Stock Exchange und seine wichtigsten Bergbaukonzessionen in Ecuador wurden gestrichen.⁴² Folglich kann geschlussfolgert werden, dass die Klage, wenn auch nicht offiziell, eine gewisse Wirkung hatte.

Obwohl im Fall von Intag die Betroffenen sowohl national als auch international Zugang zum Rechtssystem hatten, ist die Nutzung von rechtlichen Maßnahmen mit verschiedenen Schwierigkeiten und Hindernissen verbunden. Erstens ist es für die Gemeinden ein sehr teures Instrument in Bezug auf zeitliche Ressourcen und Anwaltskosten und der Erfolg hängt von der Unabhängigkeit der Gerichte ab. Es ist offensichtlich, dass ländliche Gemeinden, die am weitreichendsten betroffen sind, nur schwer die Mittel aufbringen können, um einem Bergbauunternehmen entgegenzutreten. Zweitens bedeutet die mangelnde Unabhängigkeit des ecuadorianischen Justizsystems, dass die Richter*innen beispielsweise Vergeltungsmaßnahmen fürchten, wenn sie gegen extraktive (=staatliche) Interessen entscheiden – aus Angst, ihre Position zu verlieren. Das dritte Problem ist die in vielen Ländern verbreitete Korruption, die es z. B. Unternehmen ermöglicht, durch Bestechung der rechtssprechenden Personen das ihnen genehme Urteil zu erkaufen. Verpflichtende Gesetze zur menschen- und umweltrechtlichen Sorgfaltspflicht im Heimatland der Bergbauunternehmen (Chile, Kanada) sowie der beschaffenden Unternehmen könnten ein weiteres nützliches Instrument sein, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden zu verhindern und den Zugang zu Rechtsmitteln für lokale Akteure zu erleichtern.

Im nachfolgenden Kasten skizziert Carlos Zorilla wichtige Aspekte, die auf seinen Erfahrungen und Arbeiten zum Abbau in Intag basieren. Sie beziehen sich auf standortbezogene Kriterien, die bei der Gewinnung von Mineralien beachtet werden sollten. Außerdem verweisen sie auf Verfahrensstandards. Diese Aspekte liefern wichtige Erkenntnisse für die Debatte um die umweltbezogene Sorgfaltspflicht, die im Fazit aufgegriffen wird.

⁴² Mining Watch Canada (07.06.2011): "Seeking justice: victims of mining company abuses turn to Canada's courts".
<https://miningwatch.ca/blog/2011/6/6/courting-justice-victims-mining-abuses-sue-canada>

Rote Linien und Anforderungen, die bei einer Umweltrisikobewertung aus Sicht der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen sind

Carlos Zorilla

Zum Schutz der Umwelt sowie unserer globalen Klimazukunft, aber auch zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen, die oft aus Umweltschäden resultieren, muss es rote Linien geben, jenseits derer der Abbau und Kauf von Mineralien sowie Investitionen in solche Projekte verboten sind (sogenannte „No-Go-Zonen“). **Konkret muss das Unternehmen vom Erwerb von Mineralien Abstand nehmen**

- wenn die Mineralien aus **Schutzgebieten** auf nationaler oder subnationaler Ebene oder aus anderen Gebieten stammen, in denen die Verfassung und die Gesetze des Landes den Abbau von Mineralien verbieten;
- wenn die Mineralien aus Gebieten stammen, die **von der UNESCO** als Naturerbe der Menschheit, Kulturerbe der Menschheit, Geopark oder Biosphärenreservat **ausgewiesen sind**;
- wenn das Land des potenziellen Minenstandortes keine **regionalen oder internationalen Abkommen** zum Schutz der Natur und zur Abmilderung der Klimakrise unterzeichnet hat, wie z. B. das *Pariser Abkommen*, das *Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt*, die *Initiative für Transparenz in der Rohstoffindustrie (EITI)* und auf regionaler Ebene das *Escazú-Abkommen*.⁴³;
- wenn die Gebiete aufgrund ihrer außerordentlichen biologischen Bedeutung als **Gebiete mit hoher biologischer Vielfalt** definiert werden können, einschließlich a) der 36 „Biodiversitäts-Hotspots“⁴⁴, b) der Gebiete, die von nationalen oder subnationalen Regierungen als vorrangige Schutzgebiete ausgewiesen wurden, c) der Gebiete, die endemische oder vom Aussterben bedrohte Tier- oder Pflanzenarten gemäß den Roten Listen der IUCN beherbergen, und d) der Gebiete, in denen sich Reste einer repräsentativen einheimischen Vegetation befinden (z. B. Hambacher Wald);
- wenn die geplanten oder laufenden Aktivitäten Auswirkungen auf **Kulturgüter** haben, die von nationalen oder subnationalen Regierungen ausgewiesen wurden;
- in Ländern, die nicht zu den Unterzeichnern **regionaler oder internationaler Konventionen gehören**, die Transparenz, den Schutz der Menschenrechte und die Rechte indigener Völker oder Arbeitsrechte garantieren, wie z. B. die *Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte*, die *Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker*, die *EITI Extractive Industry Transparency Initiative* und die ILO-Konvention 169;
- wenn das Partnerunternehmen keine **saubere Bilanz** in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte, die Einhaltung von Arbeits- oder Umweltgesetzen aufweist oder wenn es sich Korruptionshandlungen, Steuerhinterziehung und andere Handlungen oder Unterlassungen zuschulden kommen ließ, die soziale oder ökologische Risiken darstellen.⁴⁵

In den folgenden Fällen muss das Unternehmen **gründliche Untersuchungen durchführen**, bevor es die Entscheidung trifft, Mineralien aus diesen Gebieten zu erwerben. Dies ist der Fall:

- wenn die Mineralien aus **empfindlichen Ökosystemen** stammen, die durch nationale Gesetzgebung oder besser durch eine unabhängige Organisation bestimmt werden. Dies sind Orte, an denen ein Abbau vorhersehbare und unwiderrufliche Auswirkungen verursacht, wie z. B. massive Abholzung, Auswirkungen auf das Klima (einschließlich verminderter Niederschläge); hohe

⁴³ Dieses regionale Abkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten in Lateinamerika und der Karibik ist ein internationaler Vertrag zum Schutz der Umwelt in Lateinamerika und der Karibik. Nachdem es 2018 von 24 Ländern unterzeichnet wurde, liegen derzeit elf Ratifizierungen vor.

⁴⁴ Siehe Hotspot de Biodiversidad Andes Tropicales. <http://andestropicales.net/importancia/>

⁴⁵ Im Fall von Llorimagua zum Beispiel gibt es mehrere Unregelmäßigkeiten und Rechtswidrigkeiten, die vom staatlichen Rechnungshof im Jahr 2019 entdeckt wurden, siehe La Hora (30.03.2019): "Contraloría detecta 12 irregularidades en el proyecto minero Llorimagua, en Íntag". <https://www.lahora.com.ec/noticia/1102232695/contraloria-detecta-12-irregularidades-en-el-proyecto-minero-llurimagua-en-intag>

Risiken im Zusammenhang mit dem Bau der notwendigen Infrastruktur (einschließlich Absetzbecken; bekannte Orte mit hoher seismischer Aktivität, mit sehr zerklüfteter Topografie oder hohen Niederschlägen). In diesem Fall muss das Unternehmen mit unabhängigen Organisationen überprüfen, wie die Nichtbeeinträchtigung dieser Ökosysteme erreicht werden kann;

- wenn sich Aktivitäten negativ auf nationale und subnationale **Klimaschutzstrategien** auswirken (z. B. wenn die Kapazität von Senken zur Speicherung von CO₂ reduziert wird);
- wenn bei der Metallgewinnung und -verarbeitung ein hohes Risiko besteht, dass die **Wasserressourcen** ernsthaft verschmutzt werden – insbesondere durch **saure Minenentwässerung**, oder wenn Aktivitäten im Zusammenhang mit der Gewinnung oder Verarbeitung von Materialien die Qualität oder Quantität von Wasser (ober- oder unterirdisch) für den menschlichen Gebrauch (sei es in Haushalten oder in der Landwirtschaft) zu verschmutzen drohen bzw. derzeit verschmutzen. Der Schutz des Wassers ist eines der drängendsten Probleme auf unserem Planeten, daher muss geprüft werden, ob bei Einsatz der besten verfügbaren Technik der Nutzen die Risiken wert ist. Bergbauprojekte, die sich negativ auf die Qualität oder Quantität des Wassers auswirken, bedeuten nicht nur ökologische Schäden und Verstöße gegen die Rechte der Natur, sondern mittel- oder langfristige auch gegen die Menschenrechte;
- wenn die Aktivitäten drohen, die **Rechte der Natur** zu verletzen. Wenn der Verdacht besteht, dass die Abbautätigkeit die Rechte der Natur verletzen könnte, muss eine unabhängige, auf diese Angelegenheit spezialisierte Instanz eingeschaltet werden, um die Auswirkungen weiter zu untersuchen.

Zusätzlich zu den oben genannten Punkten sollten **internationale Unternehmen** vor dem Erwerb von Materialien in Lieferketten **überprüfen**, ob die Prozesse ausreichend organisiert sind:

- dass die Zustimmung der **subnationalen Regierungen** eingeholt wurde und ob die geplanten Aktivitäten in den Entwicklungsplänen dieser Regierungen vorgesehen sind (wenn nicht, kann die Exploration die regionalen Entwicklungspläne unterbrechen und Gebiete beeinträchtigen, die für den Schutz bestimmt sind);
- dass seitens des Unternehmens **Transparenz** besteht; das bedeutet, dass alle Informationen, die notwendig sind, um die Einhaltung der sozialen und ökologischen Verpflichtungen des Unternehmens zu bewerten, frei zugänglich sein müssen;
- dass es einen unabhängigen Mechanismus für die Gemeinschaft gibt, um die **Aktivitäten** des Unternehmens **zu überwachen**. Es wird als wichtig erachtet, dass Unternehmen Mitgliedern der Gemeinschaft oder von den Gemeinschaften ausgewählten Personen oder Institutionen, einschließlich aller Gemeinschaftsgruppen, die sich gegen den Bergbau aussprechen, den völlig freien Zugang zu jedem Teil der Bergbaukonzession und den Betriebsbereichen ermöglichen, um die Einhaltung der erworbenen Rechte zu überwachen.
- dass es **Audits** (monatliche oder halbjährliche Treffen – je nach Votum der Gemeinde – mit den Gemeinden, lokalen Regierungen und Organisationen) für den kontinuierlichen Dialog mit Vertreter*innen der gesamten Gemeinde gibt, um die Ergebnisse des Gemeinde-Monitorings zu besprechen und um zu überprüfen, ob die Aktivität die Pakte oder Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Gemeinde und die darin vereinbarten roten Linien respektiert; es wird vorgeschlagen, dass die Gemeinden die Unterstützung des Büros des Ombudsmanns oder einer ähnlichen Einrichtung haben;
- dass es einen direkten und transparenten Kommunikationskanal für **Beschwerden oder Ansprüche** der Gemeinden gegenüber den Material beschaffenden Unternehmen gibt, um etwaige Probleme zu melden (einschließlich Hindernisse beim Zugang zu den Abbaugebieten);
- dass eine **unabhängige Kosten-Nutzen-Analyse** des vorgeschlagenen oder laufenden Projekts durchgeführt wurde, die ein günstiges Ergebnis für die Exploration von Mineralien in Gebieten mit potenzieller Nutzung für ökologisch nachhaltige Aktivitäten wie Naturtourismus ergeben hat.

Wenn diese Elemente und Mechanismen nicht vorhanden sind, muss das Unternehmen ihre Ausführung oder Umsetzung durch die verantwortlichen Stellen verlangen und vom Erwerb von Mineralien absehen, bis sie eingerichtet sind.

9 Fazit: Was dies für Sorgfaltspflichtengesetze und Unternehmen bedeutet

In Fällen wie dem von LLurimagua in der Region Intag wird deutlich, dass der Bergbaubetrieb schwerwiegende Auswirkungen auf Umwelt und Menschenrechte haben kann. Gleichzeitig wird auf der Grundlage des Berichts des Rechnungshofes deutlich, dass mehrere Instanzen des ecuadorianischen Staates selbst nicht verhindert haben, dass durch das Joint Venture der eigenen Firma ENAMI und des chilenischen Staatskonzerns Codelco nationales Recht verletzt wird. Zudem ist die Regierung selbst ihren Pflichten, die sich aus der eigenen Gesetzgebung ergeben, nicht nachgekommen (Comptroller General Report). In Zeiten globaler Lieferketten wächst jedoch der Konsens, dass auch die einkaufenden Unternehmen eine Verantwortung haben, Schäden zu verhindern. Seit 2011 definieren die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte diese klar für den Fall von Menschenrechtsverletzungen. Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen formulierten 2011 zusätzlich die Verantwortung für Unternehmen in Bezug auf die Umwelt unter Verweis auf die Rio-Deklaration, die Aarhus-Konvention und die Agenda 21.⁴⁶ Diese Verantwortung wurde 2018 in der OECD Due Diligence Guidance for Responsible Business Conduct konkretisiert, die Empfehlungen zur Umsetzung der oben genannten OECD-Leitsätze aus dem Jahr 2011 gibt. Allerdings ist der Rahmen der OECD in Bezug auf die ökologische Sorgfaltspflicht bei weitem nicht so spezifiziert wie die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Bezug auf die Menschenrechte und wurde nur selten in die Sorgfaltspflichtengesetze integriert.⁴⁷ Bis heute können Konzerne in den meisten Fällen Projekte profitabel betreiben (wie LLurimagua, wenn es durchgeführt würde), auch wenn sie wissen, dass der Abbau schwere Umweltschäden verursacht hat, mit kaum (rechtlichen) Konsequenzen, abgesehen von möglichen Reputationsrisiken. Dies kann dazu führen, dass extrahierende Konzerne keinem oder kaum Druck von ihren Kunden ausgesetzt sind und die Situation der mangelnden Rechtsdurchsetzung in Bezug auf die Umwelt ausnutzen, mit schwerwiegenden Folgen für die Umwelt und die lokale Bevölkerung. Dies ist vor allem dann relevant, wenn der Staat selbst und entsprechende staatseigene Unternehmen ein hohes Interesse an den Einnahmen aus der Mine haben. Wie dieser Fall zeigt, haben lokale Akteure sogar innerhalb Ecuadors unter Berufung auf das in der Verfassung verankerte Recht auf Natur auf kantonaler Ebene einige rechtliche Erfolge erzielt. Dennoch wurde der Fall auf nationaler Ebene nicht gewonnen und es besteht ein hoher Druck auf die Gerichte, zugunsten der Geschäftsinteressen und gegen die Rechte der Natur zu entscheiden. Wie Krebs et al. (2020) anmerken, könnte die umweltbezogene Sorgfaltspflicht zumindest die Umsetzung der nationalen Umweltgesetzgebung am Ort der Gewinnung verbessern.⁴⁸ Daher werden wir im Folgenden das Konzept der umweltbezogenen Sorgfaltspflicht näher betrachten.

⁴⁶ Organization for Economic Co-operation and Development (OECD) (2011): "OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen". Paris: OECD. <https://www.oecd.org/daf/inv/mne/oecdguidelinesformultinationalenterprises.htm>

⁴⁷ Organization for Economic Co-operation and Development (OECD) (2018): "OECD Due Diligence Guidance for Responsible Business Conduct". Paris: OECD. <https://www.oecd.org/investment/duo-diligence-guidance-for-responsible-business-conduct.htm>

⁴⁸ Krebs, D., Klinger, R., Galihofer, P., Scherf, S.C. (2020): „Von der menschenrechtlichen zur umweltbezogenen Sorgfaltspflicht. Aspekte zur Integration von Umweltbelangen in ein Gesetz für globale Wertschöpfungsketten“. Umweltbundesamt. P. 49. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbezogene-sorgfaltspflichten>. (p 38)

>> Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten sind nicht ausreichend: Explizite umweltbezogene Sorgfaltspflicht erforderlich

Die „United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights“ (UNGPs) bieten einen Rahmen für internationale Unternehmen, um bei ihren weltweiten Aktivitäten eine Sorgfaltspflicht in Bezug auf die Menschenrechte einzuhalten. Sie waren die Grundlage für die Gesetzgebung zur Sorgfaltspflicht in verschiedenen Ländern. Aber dieser Fall zeigt besonders, dass die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht nach den UNGPs von einer umweltbezogenen Sorgfaltspflicht begleitet werden muss. Er zeigt, dass es nicht ausreicht, wenn Umweltzerstörung nur in den Fällen erfasst wird, in denen sie direkt zu Menschenrechtsverletzungen führt, wie es bei den UNGPs allein der Fall wäre, sondern dass es notwendig ist, Unternehmen zu einer zusätzlichen ökologischen Sorgfaltspflicht zu verpflichten. Folglich wäre eine umweltbezogene Sorgfaltspflicht u. a. notwendig, um einen schwerwiegenden globalen Verlust der biologischen Vielfalt zu verhindern, wozu sich die Regierungen durch das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt verpflichtet haben. Laut wissenschaftlicher Studien und unabhängiger Umweltverträglichkeitsprüfungen würde das beschriebene Projekt unter anderem zu massiver Abholzung, schwerem Verlust an Biodiversität, der Gefährdung von zwei Arten, und einer prognostizierten Veränderung des lokalen Klimas führen.⁴⁹⁵⁰ Der Verlust der biologischen Vielfalt steht nicht in direktem Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen und fällt daher nicht unter die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht. Nichtsdestotrotz stellt der fortschreitende Verlust der Biodiversität nicht nur enorme wirtschaftliche Risiken für das Unternehmen dar, sondern untergräbt auf lange Sicht unsere Fähigkeit, Armut, Nahrungs- und Wassersicherheit sowie die menschliche Gesundheit effektiv zu adressieren, und muss daher verhindert werden.⁵¹ Es gibt verschiedene Konventionen oder Abkommen zu Umweltaspekten. Hierzu gehören die Biodiversitätskonvention oder das Pariser Abkommen, die den Schutz unserer Umwelt oder des Klimas vorschreiben sowie die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen (2011) und die OECD Due Diligence Guidance for Responsible Business Conduct (2018), die auf die Verantwortung von Unternehmen in diesem Zusammenhang hinweisen. Allerdings müssen die ökologische Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeiten für Unternehmen in dieser Angelegenheit noch klarer definiert werden.

>> Was sollte bei der Erstellung einer umweltbezogenen Sorgfaltspflicht berücksichtigt werden

Neben dem Aufzeigen der Notwendigkeit, eine gesonderte umweltbezogene Sorgfaltspflicht in die Sorgfaltspflichtgesetzgebung zu integrieren und weiter zu konsolidieren, gibt diese Fallstudie auch einige Einblicke in Aspekte, die bei der Weiterentwicklung des Konzepts einer umweltbezogenen Sorgfaltspflicht berücksichtigt werden sollten:

⁴⁹ Brondizio, E. S., Settele, J., Díaz, S., & Ngo, H. T. (2019): „Global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services“. IPBES secretariat, Bonn. See also Niranjana, A. (2019): „Der massive Verlust der Biodiversität ist für den Menschen so bedrohlich wie der Klimawandel“. <https://www.dw.com/de/der-massive-verlust-der-biodiversität-ist-für-den-menschen-so-bedrohlich-wie-der-klimawandel/a-48614763>

⁵⁰ Darüber hinaus zeigt sich, dass die geografischen Bedingungen mit hohen Niederschlägen und dem Überangebot an unterirdischem Wasser sowie die Gefahr von Seebeben ein hohes Risiko für saure Bergbauwässer und die Verschmutzung von Grundwasser, Flüssen und Bächen darstellen. Dies sind Themen, die als rote Linien für den Bergbau angesehen werden können

⁵¹ Die Bedeutung der biologischen Vielfalt und die Verpflichtung, für sie zu kämpfen, wurde mit dem Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG) 15, das der biologischen Vielfalt gewidmet ist, erneut bekräftigt.

- Der Fall Intag zeigt, dass bestimmte geologische und klimatische Bedingungen, die Ereignisse wie z. B. Erdbeben und starke Regenfälle begünstigen, das Risiko einer schweren Umweltzerstörung durch den Bergbau erhöhen können und sehr ernst genommen werden müssen. Daher ist es wichtig, potenzielle Abbaugelände vor Beginn eines Bergbauprojektes hinsichtlich der geologischen und klimatischen Bedingungen zu überprüfen. Im Rahmen des Forschungsprojektes des Umweltbundesamtes wurde eine Bewertungsmethodik hinsichtlich standortbezogener Umweltgefährdungspotenziale des Bergbaus⁵² entwickelt, die Vorschläge für ein diesbezügliches Screening von Standorten enthält. Sie könnte eine Grundlage für die Erfüllung einer umweltbezogenen Sorgfaltspflicht speziell vor Beginn eines Bergbauprojektes sein.
- Die verschiedenen roten Linien und Themen, die im Zusammenhang mit der umweltbezogenen Sorgfaltspflicht zu berücksichtigen sind, die Carlos Zorilla auf der Grundlage seiner Erfahrungen im Rahmen seiner Arbeit für die NRO Decoin aufgeführt hat, sind darüber hinaus wertvoll, um die Ausarbeitung von Standards für die umweltbezogene Sorgfaltspflicht zu gestalten. Darüber hinaus geben sie Aufschluss darüber, wie die Überwachung durch die Gemeinde zu einer umweltbezogenen Sorgfaltspflicht während der Abbauphase beitragen kann. Aus dieser Perspektive könnte die umweltbezogene Sorgfaltspflicht in schwerwiegenden Fällen zu dem Ergebnis führen, dass bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten rote Linien in Bezug auf Umweltrisiken überschreiten und daher nicht durchgeführt werden sollten.
- Bei der Bewertung der Umweltauswirkungen eines Vorhabens ist es von besonderer Relevanz, dass die lokale Bevölkerung am Ort des Abbaus in den Prozess einbezogen wird. Eine entsprechende Konsultation wird von der UNGP (Prinzip 18) im Rahmen einer menschenrechtlichen Risikoprüfung gefordert und gleichzeitig verlangen viele nationale Gesetzgebungen dies im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsstudie (so auch Ecuador⁵³). In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass zum einen die lokale Bevölkerung Zugang zu den vollständigen Informationen über die Auswirkungen des Vorhabens auf das Ökosystem hat. Laut dieser Studie war dies in Intag nicht der Fall, und die Möglichkeit der lokalen Bevölkerung, auf die Umweltverträglichkeitsprüfung zu reagieren, wurde dadurch eingeschränkt, dass nur sehr wenig Zeit zur Verfügung stand, um auf große Mengen sehr komplexer Daten zu reagieren.
- Zweitens ist es wichtig, dass die Informationen unabhängig und unvoreingenommen sind. Derzeit wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung weltweit als wichtiger Eckpfeiler für eine Umweltschadungsprüfung zu Beginn eines die Umwelt betreffenden Vorhabens behandelt. Dieser Fall zeigt, wie wichtig es ist, eine unabhängige Bewertung der Umweltauswirkungen vorzunehmen und internationale Best-Practice-Standards zu beachten. Die japanische Umweltverträglichkeitsprüfung war unabhängiger als Umweltverträglichkeitsprüfungen üblicherweise sind, da sie meist von den Unternehmen selbst in Auftrag gegeben⁵⁴ werden, und lieferte nützliche Informationen für die lokale Bevölkerung, um die potenziellen Auswirkungen des Vorhabens zu erkennen. Der Zugang zu unabhängigen wissenschaftlichen Bewertungen ist wichtig für die lokalen Gemeinden, um sich ein unabhängiges Bild davon machen zu können, welche Auswirkungen der Betrieb auf

⁵² Dehoust; Günter; Manhart, Andreas; Dolega, Peter; Vogt, Regine; Kemper, Claudia et al.: (2020): "Umweltkritikalität von Rohstoffen. Eine Bewertung der Umweltgefährdungspotenziale von Rohstoffen aus dem Bergbau und Empfehlungen für eine ökologische Rohstoffpolitik" (80) Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-06-17_texte_80-2020_oeoressii_environmentalcriticality-report_.pdf, zuletzt geprüft am 03.02.2021.

⁵³ Büro des Ombudsmannes von Ecuador: "Free, Prior and Informed Consent in Ecuador: Contributions to the Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples". https://www.ohchr.org/Documents/Issues/IPeoples/EMRIP/FPIC/Ecuador_NHRI.pdf S.9

⁵⁴ UN Environment (Hg.) (2018): "Assessing Environmental Impacts - A Global Review of Legislation". <https://europa.eu/capacity4dev/unep/documents/assessing-environmental-impacts-global-review-legislation>.

ihr Gebiet haben wird. In diesem Fall ermöglichten unabhängige Informationen den lokalen Akteuren zudem, irreführende Einschätzungen des Unternehmens ENAMI zu hinterfragen.

- Es ist entscheidend, dass die Gemeinden in der Lage sind, die Auswirkungen des Betriebs auf die Umwelt zu überwachen und ihre Überwachungsergebnisse in Beschwerdemechanismen der Unternehmen einzubringen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass diese Beschwerdemechanismen so beschaffen sind, dass Beschwerden, auch in Bezug auf Umweltschäden, entlang der Lieferkette an herstellende Unternehmen oder andere Geschäftspartner*innen weitergeleitet werden und diesen nachgegangen wird.
- Bei der Definition von Gesetzen zur ökologischen Sorgfaltspflicht ist es wichtig, dass die lokale Bevölkerung aus den Abbaugebieten einbezogen wird, um zu verhindern, dass Anforderungen so formuliert werden, dass sie dazu neigen, z. B. Kleinbergleute aus der Lieferkette auszuschließen.

Aktuelle relevante politische Prozesse und Papiere im Kontext der umweltbezogenen Sorgfaltspflicht

Da sich der Europäische Rat kürzlich darauf geeinigt hat, dass Europa an einem Gesetz zur menschen- und umweltrechtlichen Sorgfaltspflicht arbeiten muss und auch EU-Justizkommissar Didier Reynders angekündigt hat, eine solche Verordnung Anfang 2021 vorzulegen, ist jetzt die Zeit gekommen, weiter am Konzept der umweltrechtlichen Sorgfaltspflicht zu arbeiten. Dies wird auch durch die Maßnahme 15 der deutschen Rohstoffstrategie unterstützt. Darin verpflichtet sich die Bundesregierung, die Entwicklung eines Leitfadens zur ökologischen Sorgfaltspflicht in Rohstofflieferketten durch einen internationalen Prozess zu initiieren, „in Analogie zur bestehenden OECD Due Diligence Guidance für Rohstoffe aus Konfliktgebieten“, mit dem Argument, „dass es bisher keinen OECD-Leitfaden zur ökologischen Sorgfaltspflicht gibt“. ⁵⁵ Die oben dargelegten Aspekte sollten dabei berücksichtigt werden. Darüber hinaus bieten eine Reihe von Studien des Umweltbundesamtes ⁵⁶, der Initiative Lieferkettengesetz ⁵⁷ und ein eher konzeptionelles Papier von Germanwatch ⁵⁸ wertvolle und relevante Ansatzpunkte. Weitere wesentliche Aspekte, die sich aus dieser Fallstudie im Hinblick auf die Verantwortung von Unternehmen ergeben, finden Sie im folgenden Kasten.

⁵⁵ BMWI (2020): „Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen“. S. 33. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/rohstoffstrategie-der-bundesregierung.html>

⁵⁶ Krebs, D., Klinger, R., Galhofer, P., Scherf, S.C. (2020): „Von der menschenrechtlichen zur umweltbezogenen Sorgfaltspflicht. Aspekte zur Integration von Umweltbelangen in ein Gesetz für globale Wertschöpfungsketten“. Umweltbundesamt. S. 49. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbezogene-sorgfaltspflichten>. Dehoust, G., Manhart, A., Schmidt, G., Vogt, R., Kämper, C., Giegrich, G. et al. (2017): „Erörterung ökologischer Grenzen der Primärrohstoffgewinnung und Entwicklung einer Methode zur Bewertung der ökologischen Rohstoffverfügbarkeit zur Weiterentwicklung des Kritikalitätskonzeptes (ÖkoRess I). Methode für einen standortbezogenen Ansatz“. Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-09-28_texte_87-2017_oekoress_standortbezogene_bewertung_1.pdf Dehoust, G., Manhart, A., Dolega, P., Vogt, R., Auberger, A., Kämper, C. et al. (2020): „Weiterentwicklung von Handlungsoptionen einer ökologischen Rohstoffpolitik (ÖkoRess II)“. Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/oekoress-ii>

⁵⁷ Henn, E. & John, J. (2020): „Rechtsgutachten zur Ausgestaltung einer umweltbezogenen Sorgfaltspflicht in einem Lieferkettengesetz“. BUND, Greenpeace, DUH. https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2020/07/lieferkettengesetz_rechtsgutachten_umwelt.pdf

⁵⁸ Germanwatch (2021): „Über die Notwendigkeit und Wirkung umweltbezogener Sorgfaltspflichten: Ein Beitrag zur Diskussion im Rahmen eines deutschen und europäischen Lieferkettengesetzes“. <https://germanwatch.org/de/19841>

Was könnte die umweltbezogene Sorgfaltspflicht für die europäische Industrie bedeuten

A: Beschaffungsunternehmen wie Schmelzhütten und verarbeitende Unternehmen:

Dieser Fall zeigt einmal mehr, dass enorme ökologische und soziale Auswirkungen eines Bergbauprojekts zu Beginn des Betriebs auftreten, wenn die Lieferverträge mit den einkaufenden Unternehmen aus Europa und anderswo noch nicht vorhanden sind. Dies macht es für Unternehmen, die Rohstoffe kaufen, schwierig, den Prozess des Baus der Mine direkt zu beeinflussen. Dennoch zeigt es, wie wichtig es für Unternehmen ist, zu prüfen, woher ihre Rohstoffe kommen und dass sie bei der Auswahl ihrer Rohstoffe die Auswirkungen aus der Start- und Bauphase einer Mine berücksichtigen. Dies sollte eine Definition von roten Linien beinhalten, zum Beispiel in Bezug auf die Anforderungen an Umweltverträglichkeitsstudien (siehe dazu rote Linien von Carlos Zorilla im Kasten).⁵⁹ Dies ist vor allem für Hütten relevant, die Konzentrate kaufen und direkte Lieferbeziehungen mit der Mine haben. Außerdem ist es wichtig, dass Hütten offenlegen, woher ihr Material kommt, damit Unternehmen weiter unten in der Lieferkette eine eigene Einschätzung vornehmen können. Kooperationen zwischen herstellenden Unternehmen wie der deutschen Automobilbranche und Minen könnten darüber hinaus ein Ansatz sein, wie produzierende Unternehmen versuchen könnten, einen gewissen Einfluss auf die Auswirkungen des Abbaus auszuüben.

B: Firmen, die Geräte an den Betrieb liefern:

Die deutsche Industrie ist ein wichtiger Produzent von Maschinen für verschiedene Wirtschaftszweige wie den Bergbau. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer zum Beispiel wirbt sogar explizit mit dem wirtschaftlichen Potenzial des ecuadorianischen Bergbausektors für deutsche Unternehmen.⁶⁰ Zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen gehört es nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, zu verhindern, dass der Einsatz ihrer Produkte zur Verletzung von Menschenrechten führt. Analog dazu sollten Hersteller*innen von Maschinen dasselbe für Umweltbelange tun.

Auch bei dieser Fallstudie zeigte sich, dass die Umweltrisiken von den verschiedenen Umweltverträglichkeitsstudien (je nach auftragerteilender Person) unterschiedlich bewertet wurden. Standards und Vorschriften zur Methodik und zum Inhalt von Umweltverträglichkeitsprüfungen sind international nicht einheitlich geregelt, so dass die Studien in Bezug auf Qualität und Aussagekraft nicht vergleichbar sind.⁶¹ Hier können Unternehmen ansetzen, indem sie Lieferverträge an die Einhaltung von Qualitätskriterien und Mindestanforderungen für Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie die daraus resultierenden Schutzmaßnahmen knüpfen. Darüber hinaus muss die betroffene Bevölkerung umfassend und kontextbezogen über die ökologischen und sozialen Risiken des Projekts informiert werden. Außerdem muss sie in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Die umweltbezogene Sorgfaltspflicht deutscher Maschinenhersteller könnte eine große Hebelwirkung für den Umweltschutz (z. B. Biodiversität und Klima) im globalen Bergbausektor haben. Denn die technische Realisierung von Bergbaubetrieben weltweit hängt in großem Umfang von deutscher

⁵⁹ Auch die UNGPs sehen die Definition von roten Linien vor.

⁶⁰ AHK Deutsch-Ecuadorianische Industrie- und Handelskammer: "Bergbau in Ecuador". <https://ecuador.ahk.de/kompetenzfelder/bergbau-in-ecuador>

⁶¹ UN Environment (2018): "Assessing Environmental Impacts- A Global Review of Legislation". Nairobi, Kenia. <https://europa.eu/capacity4dev/unep/documents/assessing-environmental-impacts-global-review-legislation>

Ingenieurtechnik ab.⁶² Codelco hat für seine chilenischen Minen millionenschwere Wartungsverträge mit Siemens⁶³ und wird vom Maschinenhersteller Herrenknecht beliefert.⁶⁴

Weitere Informationen

Der Bericht der Weltbank über die Rohstoffindustrie

https://lawweb.colorado.edu/profiles/syllabi/banks/EIR%20vol1_eng.pdf

OECD-Due-Diligence-Leitfaden für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln

<http://mneguidelines.oecd.org/Guia-de-la-OCDE-de-debida-diligencia-para-una-conducta-empresarial-responsable.pdf>

OECD Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains of Minerals from Conflict-Affected and High-Risk Areas

<https://www.oecd.org/daf/inv/investment-policy/mining.htm>

Der WORLD BANK Umwelt- und Sozialrahmen

<http://documents1.worldbank.org/curated/en/383011492423734099/pdf/The-World-Bank-Environmental-and-Social-Framework.pdf>

Lizenz zum Bohren

<http://documents1.worldbank.org/curated/en/514571530085582916/pdf/License-to-drill-a-manual-on-integrity-due-diligence-for-licensing-in-extractive-sectors.pdf>

Korruption in der extraktiven Wertschöpfungskette: Typologie der Risiken, Minderungsmaßnahmen und Anreize

<https://www.oecd.org/dev/Corruption-in-the-extractive-value-chain.pdf>

Ergebnisse des Weltbank-Pilotprojekts zur Sorgfaltspflicht von TF- und EFO-Gebern aus dem Privatsektor

<http://documents1.worldbank.org/curated/en/920481468188353813/pdf/99059-BRI-IFC-SMART-LESSONS-Box393181B-PUBLIC-20150818T095935-2015-Due-Diligence-Pilot-D.pdf>

⁶² GENIOS (2017): Goldgräberstimmung im Bergbau – Deutsche Maschinen weltweit gefragt“. http://www.genios.de/branchen/goldgr_berstimmung_im_bergbau_deutsche/s_mas_20070123.html

⁶³ Forum Vision Instandhaltung e.V. (2012): „Siemens erhält Instandhaltungsauftrag für chilenische Kupfermine. <https://www.ipih.de/artikel/9373>

⁶⁴ International Mining (2020): "DMC Mining investiert in neue Sandvik- und Herrenknecht-Ausrüstung für Chile-Projekte". <https://im-mining.com/2020/04/15/dmc-mining-invests-new-sandvik-herrenknecht-equipment-chile-projects/> Siehe auch International Mining (2007): "Codelco setzt auf deutsche Bergbautechnik". <https://im-mining.com/2007/07/25/codelco-goes-for-german-mining-technology/>



GERMANWATCH

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung. Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

BÜRO BONN

Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

☎ +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

BÜRO BERLIN

Stresemannstr. 72
D-10963 Berlin

☎ +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

info@germanwatch.org



DECOIN

DECOIN (Defensa y Conservacion Ecológica de Intag) wurde im Januar 1995 als basisdemokratische Umweltorganisation gegründet, um Wege zu finden, die einzigartige Biodiversität im Intag-Gebiet im Nordwesten Ecuadors zu erhalten. Alle Mitglieder von DECOIN leben im Intag-Gebiet. Das Gebiet ist Teil von zwei der global wichtigsten biotischen Regionen, den tropischen Anden und den biodiversitären Hotspots im west-ecuadorianischen Chocó-Darien. Es umfasst mehrere Vegetationszonen, darunter tropische Regenwälder und Nebelwälder. Einer der Hauptgründe für die Gründung von DECOIN war die Konfrontation mit einem groß angelegten Bergbauprojekt, das noch immer die Umwelt und die Gemeinden von Intag zu zerstören droht, und damit ein Beispiel für nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Die Hauptarbeitsbereiche der NGO sind der direkte Schutz, die Unterstützung für nachhaltige Entwicklung, Umweltbildung und Einsatz von Rechtsmitteln gegen den Verlust von Biodiversität.

KONTAKT

DECOIN (Defensa y Conservacion
Ecologica de Intag)
PO Box 144 Otavalo, Imbabura, Ecuador

☎ +593 6 264 8593
+593 6 264 8723

Spanisch: decointag@gmail.com

Englisch: toisan06@gmail.com

www.decoin.org

SIE FANDEN DIESE PUBLIKATION INTERESSANT UND HILFREICH?

Sie können die Arbeit von Germanwatch
durch eine Spende unterstützen:

Bank für Sozialwirtschaft AG

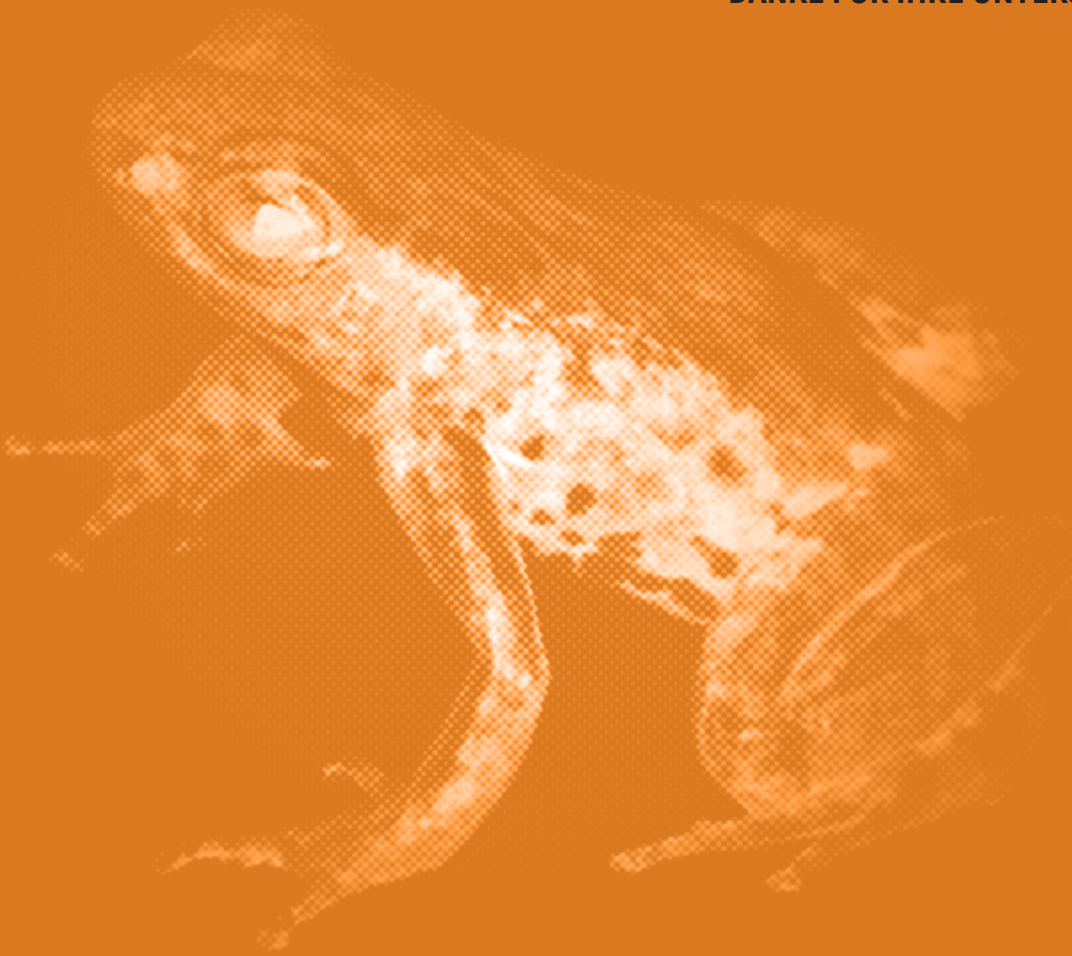
BIC/Swift

BFSWDE33BER

IBAN

DE33 1002 0500 0003 212300

DANKE FÜR IHRE UNTERSTÜTZUNG!



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.